

27

84

Union in Deutschland

Bonn, den 13. September 1984

Bernhard Worms in Neuss

Mit neuem Schwung an Rhein und Ruhr

In einem breit angelegten Bündnis von CDU und Arbeitnehmern gegen eine abgewirtschaftete SPD und ihre grünen Wunschpartner will die nordrhein-westfälische CDU in die heiße Phase des Kommunalwahlkampfes und in den bevorstehenden Landtagswahlkampf gehen. Auf dem Landesparteitag der CDU Rheinland am 8. September in Neuss erklärte der CDU-Spitzenkandidat Bernhard Worms: „Dieses Bündnis mit den Arbeitnehmern bildet für mich die Grundlage des künftigen politischen Handelns in Nordrhein-Westfalen. Gerade die Arbeitnehmer haben eine bessere Politik verdient. Sie wollen nicht Bevormundung und Gängelei, sondern die Chance, für sich und die Zukunft ihrer Kinder zu arbeiten, etwas aufzubauen, Vorsorge zu treffen, Eigentum zu bilden.“

Diese Chance könne ihnen nur die CDU zurückgeben. „Der Facharbeiter, der Handwerker, der Ingenieur, der Landwirt, der selbständig Tätige ebenso wie die technische Intelligenz: Das sind unsere Wähler. Das sind unsere Verbündete“, rief Worms unter

(Fortsetzung auf Seite 2)

In dieser Ausgabe lesen Sie:

■ HAUSHALT '85

Bundesregierung setzt den Kurs der Gesundung konsequent fort. Eine positive Zwischenbilanz der Finanzpolitik zog Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg im Deutschen Bundestag

Seite 2

■ STEUERREFORM

Einzelheiten der Regierungsbeschlüsse zur Steuersenkung 1986/88 erläutert der Parlamentarische Staatssekretär Hansjörg Häfele

Seite 5

■ FLUGBLÄTTER

Frieden, Freiheit, Verständigung — Politik für alle Deutschen

Seite 14

10 Milliarden gegen die Arbeitslosigkeit

Seite 15

■ CDU-EXTRA

Politik der Verständigung im Interesse des Friedens — Bundeskanzler Helmut Kohl zu den innerdeutschen Beziehungen

gelber Teil

■ DOKUMENTATION

Zwei Jahre Regierung Helmut Kohl — eine Leistungsbilanz

grüner Teil

■ BUNDESHAUSHALT 1985

Positive Zwischenbilanz der Finanzpolitik

Bundesregierung setzt den Kurs der Gesundung konsequent fort

Finanzminister Gerhard Stoltenberg erläuterte am 12. September bei der Einbringung des Bundeshaushalts 1984 die Grundzüge des Etatentwurfes und der mittelfristigen Finanzplanung. Er sagte unter anderem:

Wir haben Anfang Juli die erforderlichen Beschlüsse im Bundeskabinett einmütig gefaßt und zugleich eine positive Zwischenbilanz unserer Finanzpolitik ziehen können. Vor einem Jahr, am 7. September 1983, erwähnte ich bei der Einbringung des Bundeshaushaltes 1984, daß wir die geltende Kreditermächtigung für 1983 in Höhe von 40,9 Milliarden DM nicht voll in Anspruch nehmen müßten. In der Tat, das Jahr 1983 schloß mit einem Ausgabenzuwachs von 0,9 Prozent und einer Neuverschuldung von 31,5 Milliarden DM ab. Auch für 1984 werden wir die eingeplante Kreditaufnahme von 33,6 Milliarden DM bei weitem nicht ausschöpfen, sondern die Neuverschuldung auf deutlich unter 30 Milliarden DM absenken können. Für 1985 möchten wir sie auf höchstens 24 Milliarden DM begrenzen.

Erfolgreiche Konsolidierung

Ausschlaggebend für diese raschen Konsolidierungsfortschritte ist die **Begrenzung des Zuwachses der Ausgaben**. In den ersten acht Monaten stiegen sie gegenüber der Vorjahreszeit um 0,8 Prozent an. Im Jahresergebnis erscheint aus heutiger Sicht ein Zuwachs von voraussichtlich etwa zwei Prozent denkbar. Der neue

Etatentwurf und die mittelfristige Finanzplanung zeigen, daß wir diesen Kurs grundsätzlich beibehalten wollen. Damit leisten wir nicht nur **einen entscheidenden Beitrag zur Gesundung der öffentlichen Finanzen**, sondern auch **der wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen unseres Gemeinwesens**.

(Fortsetzung von Seite 1)

dem Beifall der rund 450 Delegierten aus „Mit ihnen zusammen werden wir die Erneuerung unseres Landes beginnen.“

Die CDU habe schon einmal ein erfolgreiches Bündnis mit den arbeitenden Menschen geschlossen. „Karl Arnold, der Ministerpräsident des Wiederaufbaus, hat es begründet. Unter Karl Arnold haben wir den ersten Wiederaufbau unseres Landes geschafft.“

Damals sei es darum gegangen, „Trümmer wegzuräumen, den Menschen ein Dach über dem Kopf zu geben, Arbeit zu schaffen, die zerstörte Industrie unseres Landes wieder in Schwung zu bringen“. Bei dem nun notwendigen „Wiederaufbau“ geht es nach den Worten von Worms darum, „jene Grundwerte der Freiheit, des staatlichen Handelns und der gesetzgeberrischen Tätigkeit“ wiederzuentdecken, die das christliche, soziale Vermächtnis Karl Arnolds ausmachten. Worms: „Nur so werden wir eine neue Demontage unseres Landes durch ein Bündnis der roten Verweigerer und grünen Verweigerer verhindern.“

Konsolidierungspolitik ist im Ergebnis Stabilitätspolitik. Sparbeschlüsse tun zunächst weh, aber alle Bürger können bereits heute positive heilsame Wirkungen unserer Sanierungsentscheidungen feststellen.

Stabilitätspolitik ist soziale Politik

Denn die einschneidendste Veränderung der letzten zwei Jahre ist der **nachhaltige Rückgang der Inflationsrate von 5,4 Prozent im Sommer 1982 auf 1,7 Prozent**. Aber wirken mehrere Faktoren zusammen. Neben einen entscheidenden Beitrag leistet neben der Geld- und Kreditpolitik der Bundesbank unsere neue Finanz- und Haushaltspolitik.

Stabilitätspolitik ist soziale Politik. Es waren vor allem die sozial schwächeren Mitbürger, die in früheren Jahren unter der Last rasch steigender Preise litten, unter der fehlenden Abstimmung von Finanz- und Währungspolitik, den schlimmsten Folgen einer maßlosen Schuldenmacherei. Manche versuchen, diese bitteren Erfahrungen und die Folgen eigener schwerer Fehler zu schnell zu verdrängen. Ich appelliere an unsere sozialdemokratischen Kritiker, diese bitteren Erfahrungen aus ihrer Regierungszeit jetzt in der Opposition nicht zu vergessen und bei aller Einzelkritik an unserem Weg eine vertrauensbildende Stabilitätspolitik grundsätzlich zu unterstützen.

Es bleibt also bei einem niedrigen Wachstum der Bundesausgaben und einer weiteren Verminderung der Nettokreditaufnahme, jedoch mit einer ganz wesentlichen Verbesserung: In den vergangenen Jahren mußten wir gesetzliche Leistungen kürzen, um Fehlentwicklungen der Vergangenheit zu korrigieren. Jetzt schaffen wir die notwendigen weiteren Konsolidierungsfortschritte ohne erneute gesetzliche Eingriffe, weil die

bisherigen Entscheidungen als dauerhafte Entlastung weiter wirken.

Neuer Handlungsspielraum

Damit haben wir im Haushalt 1985 und im Finanzplan bis 1988 wieder begrenzten Handlungsspielraum für die Zukunft gewonnen. Diesen nutzen wir insbesondere für **zwei Schwerpunktbereiche unserer Politik**: die notwendige **Entlastung bei der Einkommen- und Lohnsteuer** sowie wesentliche **Verbesserungen im Bereich der Familienpolitik**. Hinzu kommen höhere Leistungen für die Europäische Gemeinschaft im Rahmen der jüngsten Reformentscheidungen für ihre Festigung und ihren Ausbau.

Der Entwurf des Bundeshaushalts 1985 sieht ein Ausgabevolumen von 260,2 Milliarden DM vor. Damit steigen die Bundesausgaben gegenüber dem Soll 1984 um 1,2 Prozent. Gegenüber dem voraussichtlichen Ist-Ergebnis des laufenden Jahres ergibt sich eine Steigerungsrate von etwa 2,5 Prozent, also etwas weniger als jene drei Prozent, die wir zu Anfang dieser Legislaturperiode als verbindliche Obergrenze für den mittelfristigen Ausgabenzuwachs der Bundesausgaben festgestellt haben. ...

Stetiges Wachstum – stabile Preise

Für das reale Bruttosozialprodukt haben wir ab 1984 einen jährlichen Anstieg von 2,5 Prozent unterstellt. Im Frühsommer, vor dem Kabinettsbeschluß zum Haushalt, haben wir gut daran getan, jenen Optimisten nicht zu folgen, die glaubten, die Einschätzung des Jahreswirtschaftsberichts würde deutlich übertroffen. Jetzt besteht keine Notwendigkeit, die Wachstumsannahme unter dem Eindruck des jüngsten Tarifkonflikts nach unten zu revidieren. Die jüngsten Daten über Auftragseingänge und die sich verbessernde Ertragssitua-

tion der meisten Unternehmen lassen nach dem Rückschlag des Frühjahrs wieder ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum erwarten.

Bei den Preisen haben wir wieder stabile Verhältnisse wie zuletzt in den sechziger Jahren. Die positive Entwicklung der Verbraucherpreise wurde von mir schon hervorgehoben. Besonders günstig sieht es auch bei dem Preisanstieg der inländischen Produktionsleistung aus. Hier rechnen wir mit nur noch zwei Prozent. Damit haben wir fast einen Zustand erreicht, der — wie es der Präsident der Deutschen Bundesbank kürzlich formulierte — „auch bei Anlegung ehrgeiziger Maßstäbe als Preisstabilität zu bezeichnen ist“.

Dank der sich verbessernden Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen steigen die Ausfuhren in diesem Jahr besonders kräftig an. Auch im Jahr 1984

wird die Bundesrepublik Deutschland einen Leistungsbilanzüberschuß erwirtschaften können.

Wenn wir die heutige Wirtschaftslage am Zielkatalog des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes messen, wird die gesamtwirtschaftliche Aufwärtsentwicklung der letzten Zeit besonders deutlich. **1981, im letzten Jahr unter voller Verantwortung der vorigen Bundesregierung, wurde keines der Ziele des Stabilitätsgesetzes erreicht — weder Vollbeschäftigung noch Preisstabilität, noch außenwirtschaftliches Gleichgewicht oder gar Wachstum. 1982 war diese Bilanz nur im außenwirtschaftlichen Bereich besser. Diese Bundesregierung hat nach zwei Jahren schon bei drei von vier Zielen des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes wichtige Erfolge errungen, bei Wachstum und Stabilität sowie im Außenhandel. . .**

Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung

Die Gesundung der Staatsfinanzen war für uns und für die breite Öffentlichkeit von Anfang an mehr als eine finanzwirtschaftliche Aufgabe. Sie ist maßgeblicher Teil einer **langfristigen Strategie der marktwirtschaftlichen Erneuerung für mehr Arbeitsplätze, Wachstum, Stabilität und Freiheit des einzelnen.** Es muß wieder Klarheit geschaffen werden über die Rollenverteilung zwischen Staat und privatem Sektor. Unsere marktwirtschaftliche Ordnung muß vor einer allmählichen Auszehrung durch zu viele staatliche Eingriffe und zu viel Bürokratie geschützt werden. . . .

Das ganze Ausmaß der staatlichen Expansion dokumentiert sich in zahllosen Vorschriften und Programmen, die fast jede wirtschaftliche Handlung zu einer Begegnung mit dem Staat werden lassen. Als grobe Richtschnur für den Umfang der Staatstätigkeit dient uns der Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt:

Von 1969 bis 1982 stieg diese Quote von 39 auf fast 50 Prozent — im Durchschnitt Jahr für Jahr um fast einen Punkt. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Steuern und vor allem der Sozialabgaben am Bruttosozialprodukt — die Abgabenquote — von 37,4 Prozent auf 42,5 Prozent.

Im Vergleich zur Ausgabenquote nur scheinbar eine moderate Entwicklung: Die Schere zwischen Ausgaben- und Einnahmendynamik wurde durch eine ausufernde öffentliche Neuverschuldung geschlossen.

Im letzten Jahr konnte die Staatsquote wieder um einen Punkt auf rund 49 Prozent gesenkt werden, und sie wird in diesem Jahr voraussichtlich um einen weiteren Punkt auf rund 48 Prozent zurückgehen. Bis 1988, dem Ende des laufenden Finanzplan, hoffen wir, eine spürbare Verringerung auf rund 45 Prozent zu erreichen.

Unsere Politik stärkt das Selbstvertrauen der Bürger

Die Umkehr ist langwierig und schwierig, doch sie lohnt. Beweglichkeit und Dynamik unserer Volkswirtschaft hängen entscheidend davon ab, daß sich private Investitionen, persönliche Anstrengungen und Initiative, berufliche Leistung und die Übernahme von Risiken auszahlen. **Jedes Stück zumutbarer Verantwortung, das der Staat im Vertrauen auf seine mündigen Bürger wieder in private Hände zurückgeben kann, ist ein neuer Anreiz für den einzelnen auf der Suche nach eigenverantwortlichen und solidarischen Lösungen und damit** — ich betone das hier neben allen wirtschaftspolitischen Überlegungen — **auch ein Mehr an persönlicher Freiheit.** ...

Vertrauensbildende Politik stärkt das Selbstvertrauen, Probleme zu lösen. Eine schöpferische Entfaltung dieses Selbstbewußtseins setzt die Erfahrung von erweiterten Handlungsmöglichkeiten voraus. Diese Grundlage zu schaffen, ist der ordnungspolitische Kern unserer Stabilitätspolitik. ...

Steuerentlastungen

Mehrere wichtige Entscheidungen prägen die neue mittelfristige Finanzplanung.

Unsere Steuerpolitik hat das Ziel, die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Bürger und Unternehmen stärker anzuerkennen. Mit dem Sofortprogramm 1982 und mit dem Steuerentlastungsgesetz 1984 setzten wir wichtige Akzente zur Entlastung der Wirtschaft und zur Verbesserung der Investitionskraft. In der nunmehr vorgesehenen dritten Stufe **nutzen wir den finanzpolitischen Handlungsspielraum, den wir mit unserer Konsolidierungspolitik gewinnen, zur Entlastung der Familien und zur allgemeinen Verbesserung des Steuertarifs.**

In einem Gesetz soll die Einkommen- und

Lohnsteuer in zwei Stufen — 1986 und 1988 — um insgesamt 20,2 Milliarden gesenkt werden.

Vorrang für die Familien

Im Mittelpunkt der ersten Stufe wird mit der **Erhöhung der Kinderfreibeträge** auf 2484 DM eine **grundsätzliche Neuorientierung der Familienbesteuerung** stehen. Steuerpflichtige mit Kindern sollen bei gleichem Einkommen deutlich weniger belastet werden als Steuerpflichtige ohne Kinder. Mit dem gleichzeitigen Wegfall der Kinderadditive bei den Vorsorgeaufwendungen wird ein weiterer Schritt zur Steuervereinfachung getan. Wir setzen für diesen Bereich insgesamt 5,2 Milliarden DM ein. Die **Tarifkorrektur** soll eine **nachhaltige Abflachung des progressiven Tarifverlaufs** bringen. Wir wollen mit diesem neuen Tarif die Grenzbelastung für die Durchschnittsverdiener, also vor allem für qualifizierte Arbeiter und Angestellte, um etwa 5 Prozent absenken. Zugleich kommen wir dem langfristigen Ziel eines Tarifs mit einem gleichmäßigen Anstieg der Grenzsteuersätze einen wichtigen Schritt näher ...

Im übrigen ist es eine betont soziale Politik, wenn wir in der Kombination von Steuer- und Haushaltsentscheidungen besonders die Familien fördern, deren ethische Leistung in den 70er Jahren nur in unzureichender Weise berücksichtigt wurde. ...

Zweifellos kosten die erläuterten Beschlüsse für die Familie viel Geld. Aber sie sind nach unserer Überzeugung eine wichtige Zukunftsinvestition, wenn wir über den Tag hinaus unsere Verantwortung für die nächsten Generationen bejahen. ...

Zinsausgaben eindämmen

Wir können langfristig keinen angemessenen politischen Handlungsspielraum für neue Schwerpunkte der Politik und weite-

re Steuersenkungen gewinnen, wenn wir nicht den bedrohlichen Anstieg der Zinsausgaben abbremsen. Mit den erwähnten Entscheidungen ist ohnehin der Rahmen für Steuerentlastungen in dieser Wahlperiode ausgeschöpft. Die Zinsausgaben stiegen von 1969 bis 1984 von 2,2 Milliarden DM auf 28,7 Milliarden DM oder von 2,7 Prozent auf 11,2 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes an. Bund, Länder und Gemeinden sowie Bahn und Post zusammen gaben 1969 7,5 Milliarden DM für ihre Zinszahlungen aus und 1984 bereits über 60 Milliarden DM. Selbst bei strenger Ausgabendisziplin müssen wir bis 1988 beim Bund allein mit einem weiteren Anstieg auf über 37 Milliarden DM rechnen.

In meiner ersten Haushaltsrede habe ich darauf hingewiesen, daß 1983 die Zinsausgaben soviel wie die Etats des Wirtschaftsministers, des Entwicklungshilfeministers, des Forschungsministers, des Bildungsministers und des Bauministers zusammen beanspruchen. Bis 1988 werden noch die Etats des Innen-, Außen- und Finanzministers hinzukommen. Bedeutsam ist auch, daß trotz einer Rückführung der Neuverschuldung die Bruttokreditaufnahme des Bundes noch ansteigt, weil umfangreiche Kreditaufnahmen aus früheren Jahren zur Umschuldung anstehen. Auch das sind die **Spätfolgen einer übersteigerten Verschuldungspolitik, die Langzeitwirkungen keine Beachtung schenkte.**

Wenn das Wachstumstempo der Zinszahlungen der letzten Jahre nicht drastisch verringert wird, wäre gegen Ende des Jahrhunderts die Hälfte aller Ausgaben des Bundes durch die Verpflichtungen für Zinszahlungen gebunden. . . .

Unser Kurs bleibt klar und verlässlich

Konsolidierungspolitik bleibt auch für die kommenden Jahre ein gemeinsames

Ziel von Bund, Ländern und Gemeinden
Das ist in der letzten Sitzung des Finanzplanungsrates erneut bekräftigt worden. Die Neuverschuldung des öffentlichen Gesamthaushaltes geht von über 70 Milliarden DM (4½ Prozent des Bruttosozialproduktes) im Jahr 1982 auf voraussichtlich 50 Milliarden DM (3 Prozent des Bruttosozialproduktes) im laufenden Jahr zurück. 1985 können wir wahrscheinlich mit einer geringeren Neuverschuldung in Höhe von 2 bis 2½ Prozent des Bruttosozialproduktes rechnen . . .

Vor einem Jahr konnte ich in meiner Haushaltsrede feststellen, daß die **Rezession überwunden** sei und eine **neue Periode des Wachstums** beginne. **Heute sind wir auf dem Weg zur Stabilität der Finanzen und der Preise ein gutes Stück vorangekommen.**

1984 dürfte die volkswirtschaftliche Gesamtleistung etwa doppelt so stark zunehmen wie 1983. Wir können den Rückschlag vom Frühjahr überwinden, wenn alle Regierungen, Parlamente und die großen gesellschaftlichen Gruppen ihren Beitrag leisten. Freiheit bedeutet auch Verantwortung für die vorrangigen Gemeinschaftsziele . . .

Es ist ein Irrglaube, daß wir die Arbeitslosigkeit durch immer kürzere Arbeitszeiten bei zugleich höheren Einkommen und erneut zunehmender Schuldenlast bekämpfen können. Das Ergebnis wäre ein Verlust an Wettbewerbsfähigkeit mit unabsehbaren sozialen Folgen.

Wir müssen vielmehr alles uns Mögliche tun, damit das Angebot an bezahlbarer Arbeit wieder vergrößert wird. **Stabilitätspolitik stärkt diese Angebotsseite unserer Volkswirtschaft. Sie kräftigt aber durch Geldwertstabilität auch die private Nachfrage. Unsere Finanzpolitik soll weiterhin die Stabilität fördern und einer guten Zukunft für die Bürger unseres Staates dienen.**

Steuerentlastungen für die Bürger

Einzelheiten der Regierungsbeschlüsse zur Steuersenkung 1986/88 erläuterte der Parlamentarische Staatssekretär Hansjörg Häfele:

Die Steuerzahler sollen in zwei Stufen entlastet werden, ab 1986 um 11 Milliarden DM, ab 1988 um 20,2 Milliarden DM.

— In der ersten Stufe 1986 wird der Kinderfreibetrag von bisher 432 auf 2484 DM angehoben. Dieses entlastet — nach Gegenrechnung mit dem vorgesehenen Wegfall der Kinderadditive bei den Sonderausgaben — um 5,2 Milliarden DM. Damit stehen für die Milderung des Steuertarifs 5,8 Milliarden DM zur Verfügung.

— In der zweiten Stufe 1988 wird der Steuertarif zusätzlich verbessert: Die Grenzbelastung in der Progressionszone wird weiter abgeflacht.

Leistungs- und familienfreundliches Steuerrecht

Dieses Vorhaben ist eine Weichenstellung in Richtung zu einem leistungs- und wachstumsfreundlichen Steuerrecht. Bei einem Entlastungsvolumen von mehr als 20 Milliarden DM verzichtet der Staat auf rund 8% des Lohn- und Einkommenssteueraufkommens.

Tarifsenkung und höhere Kinderfreibeträge führen dazu, daß Familien mit Kindern die höchste Steuerentlastung erhalten. Damit wird auch hier eine Weiche, nämlich zu einem familienfreundlicheren Steuerrecht, gestellt: Wer Kinder hat, soll in Zukunft weniger Steuern zahlen als derjenige, der keine Kinder hat und das gleiche Leistungseinkommen bezieht.

Hauptziel der Tarifabflachung nach dem neuen Tarifmodell T1A ist eine deutliche und nachhaltige Senkung des leistungshemmenden Anstiegs der Grenzbelastung in der Progressionszone, von der heute die Mehrheit der Steuerzahler erfaßt wird — zunehmend qualifizierte Arbeitnehmer und Selbständige, die infolge ihrer beruflichen Leistung in mittlere und gehobene Einkommen hineinwachsen.

Der Tarif T1A stellt im Rahmen einer stabilitätsgerechten Einkommensentwicklung sicher, daß die Grenzsteuersätze für die progressiv besteuerten Arbeitnehmer und Selbständigen mindestens vier Jahre unter dem Ausgangsniveau bei Inkrafttreten des neuen Tarifs bleiben. Damit ist dieser Tarif ein entscheidender Schritt in Richtung auf einen längerfristig anzustrebenden Tarif, bei dem die Grenzsteuersätze in der gesamten Progressionszone gleichmäßig und damit sanft ansteigen, die Progression also nicht in einer Kurve, sondern linear ansteigend verläuft.

Wirkungen von Tarifänderung und Kinderfreibeträgen

— Im **Durchschnitt** ergibt sich für die Steuerzahler eine jährliche Entlastung von 1053 DM oder **8 % der Steuerschuld**. Die relativ höchste Entlastung liegt bei einem Ledigen mit 9,4 % der Steuerschuld bei einem zu versteuernden Einkommen von 56970 DM. Bei Verheirateten mit zwei Kindern liegt die relativ höchste Entlastung mit 13,3 % bei 92988 DM zu versteuerndem Einkommen.

— Die **leistungshemmende Grenzbelastung** wird im Vergleich zum geltenden Tarif um bis zu 5,5 Prozentpunkte abgebaut. Bei Steuerpflichtigen mit Kindern bewirken die Kinderfreibeträge eine zusätzliche Ermäßigung der Grenzbelastung um einen halben Prozentpunkt pro Kind.

— **Familien mit Kindern** machen etwas mehr als ein Drittel (36,6 %) der 19 Millionen Steuerzahler aus. Von der Gesamtsumme der Steuerentlastungen erhalten sie jedoch mit 55,8% den Löwenanteil.

— **Geringverdiener** erhalten die volle Entlastung durch erhöhte Grundfreibeträge bereits 1986. Auch die Kinderfreibeträge werden 1986 voll wirksam.

— Die **Steuerpflichtigen in der unteren Proportionalzone** erhalten bei 5,8 % Beitrag zum Steueraufkommen einen Entlastungsanteil von 7,8 %. Die Steuerpflichtigen in der oberen Proportionalzone tragen mit 16,2 % zum Steueraufkommen bei, sind aber nur mit 5,3 % am Entlastungsvolumen beteiligt.

Verteilung des Entlastungsvolumens und der Steuerpflichtigen auf die Tarifzonen (1988)

Von den rd. 22,2 Mill. Steuerpflichtigen zahlen rd. 19 Mill. Steuern; diese Steuerzahler werden durch die Tarifänderung und ggf. die Erhöhung der Kinderfreibeträge entlastet. Es ergibt sich folgende Verteilung auf die Tarifzonen:

| Tarifzonen nach geltendem Recht | Entlastungsstruktur 1988 | | |
|--|---------------------------------|---|---------------------------------|
| | Anzahl der Steuerentlasteten | Beitrag zum Steueraufkommen — gelt. Recht — | Anteil am Entlastungsvolumen |
| | Tsd. | v. H. | v. H. |
| Untere Proportionalzone | 5629 | 5,8 | 7,8 |
| 1. Teil der Progressionszone (18/36 bis 60/120 TDM) | 12408 | 60,6 | 67,0 |
| 2. Teil der Progressionszone (60/120 bis 130/260 TDM) | 961 | 17,4 | 19,9 |
| Obere Proportionalzone | 158 | 16,2 | 5,3 |
| insgesamt | 19 156 | 100 | 100 |

Entsprechend der tarifpolitisch vorrangigen Zielsetzung, die zu starke Belastung von Mehreinkommen in der Progressionszone abzubauen und damit den Tarif leistungsge-rechter zu gestalten, erfolgt die Hauptentlastung im Bereich der progressiven Besteuerung: rd. 87 v. H. der Entlastung entfällt auf Steuerpflichtige in der Progressionszone, die nach geltendem Recht 78 % zum Steueraufkommen beitragen. Die Steuerpflichtigen in der unteren Proportionalzone erhalten bei 5,8 v. H. Beitrag zum Steueraufkommen einen Entlastungsanteil von 7,8 v. H. Die Steuerpflichtigen in der oberen Proportionalzone tragen mit 16,2 v. H. zum Steueraufkommen bei, sind aber nur mit 5,3 v. H. am Entlastungsvolumen beteiligt.

Steuerentlastung

Der Entlastungsverlauf des neuen T1A ist die Folge des Anstiegs der für mittlere bis höhere Einkommen wirksamen Grenzbelastung nach dem geltenden Tarif. Wer bisher eine überhöhte Steuerbelastung zu

tragen hatte, soll durch die Tarifänderung in angemessenem Umfang entlastet werden. Deshalb wäre ein bloßer Vergleich von absoluten Entlastungsbeträgen für niedrige und höhere Einkommen, der die bisherige und die verbleibende Steuerbe-

Entlastungsbeispiele

| Zu ver- steuerndes Ein- kommen ³⁾ 4)5) | | Verheirateter Steuerpflichtiger, zwei Kinder | | | | | | | |
|--|--------|--|--------|-------------|-------|--------------------------|---|---------------|------------------|
| | | Steuerbelastung | | | | Entlastung ⁶⁾ | | | |
| | | Tarif 1981 | | Tarif T 1 A | | insgesamt | | davon 1986 | zusätzl. 1988 |
| | | DM | v. H. | DM | v. H. | DM | v. H. der Steuerbelast. nach gelt. Recht | | |
| 20 000 | 2542 | 12,7 | 1758 | 8,8 | 784 | 30,8 | 784 | — | |
| 30 000 | 4728 | 15,8 | 3944 | 13,2 | 784 | 16,5 | 784 | — | |
| 40 000 | 6992 | 17,5 | 6156 | 15,4 | 836 | 11,9 | 836 | — | |
| 50 000 | 9748 | 19,5 | 8630 | 17,3 | 1118 | 11,4 | 1036 | 82 | |
| 60 000 | 13084 | 21,8 | 11478 | 19,1 | 1606 | 12,2 | 1334 | 272 | |
| 70 000 | 16884 | 24,1 | 14718 | 21,0 | 2166 | 12,6 | 1626 | 540 | |
| 80 000 | 21012 | 26,3 | 18240 | 22,8 | 2772 | 13,1 | 1916 | 856 | |
| 90 000 | 25484 | 28,3 | 22084 | 24,5 | 3400 | 13,3 | 2198 | 1202 | |
| 100 000 | 30138 | 30,1 | 26178 | 26,2 | 3960 | 13,1 | 2406 | 1554 | |
| 110 000 | 35020 | 31,8 | 30442 | 27,7 | 4578 | 13,0 | 2686 | 1892 | |
| 120 000 | 40030 | 33,4 | 34934 | 29,1 | 5096 | 12,7 | 2882 | 2214 | |
| 130 000 | 45078 | 34,7 | 39532 | 30,4 | 5546 | 12,3 | 3042 | 2504 | |
| 150 000 | 55466 | 37,0 | 49198 | 32,8 | 6268 | 11,3 | 3280 | 2988 | |
| 200 000 | 82472 | 41,2 | 74502 | 37,3 | 7970 | 9,6 | 4190 | 3780 | |
| 260 000 | 115900 | 44,6 | 106940 | 41,1 | 8960 | 7,7 | 4822 | 4138 | |
| 300 000 | 138278 | 46,1 | 129316 | 43,1 | 8962 | 6,4 | 4824 | 4138 | |

³⁾, ⁴⁾, ⁵⁾ und ⁶⁾ siehe Anmerkungen

lastung außer acht läßt, nicht sachgerecht und irreführend. Für Steuerpflichtige in der **unteren Proportionalzone**, in der — bezogen auf die Bruttoeinkommen — die Durchschnittsbelastung bei nur etwa 10% und die tarifliche Grenzbelastung bei 22% liegt, können sich deshalb auch keine allzu hohen absoluten Entlastungsbeträge ergeben. Diese Steuerpflichtigen werden durch die Anhebung des Grundfreibetrags um 324/648 DM (Ledige/Verheiratete) um 72/144 DM entlastet. Durch die Erhöhung des Kinderfreibetrages um 2052 DM ergibt sich — nach Gegenrechnung der durchschnittlichen Ausschöpfung der wegfallenden Kinderadditive bei den Sonderausgaben von 600 DM — eine weitere Absenkung der Steuerschuld für die Familien um etwa 320 DM je Kind. Die Hauptentlastung liegt bei Steuerpflichtigen in der **Progressionszone**. Auf diese Steuerpflichtigen, die gegenwärtig 78%

zum Steueraufkommen beitragen, entfallen rd. 87% der Entlastung. Bei Vergleichen ist zwischen der Besteuerung nach der Grundtabelle (Unverheiratete) und der Splittingtabelle (Verheiratete) zu unterscheiden. Das Ehegatten-Splitting bewirkt eine Verdoppelung der Tarifzonen, so daß sich die Auswirkungen der Tarifänderung bei Verheirateten erst bei doppelt so hohem Einkommen wie bei Unverheirateten ergeben.¹⁾

Im **Durchschnitt** ergibt sich eine jährliche Entlastung an Lohnsteuer/Einkommensteuer von 1053 DM oder 8%. Die relativ höchste Entlastung liegt bei einem Unverheirateten bei 9,4% der Steuerschuld und einem zu versteuernden Einkommen von 56970 DM, bei einem Verheirateten mit zwei Kindern bei 13,3% und einem zu versteuernden Einkommen von 92988 DM.

Familien mit Kindern werden deutlich weniger Steuern zahlen als Steuerpflichtige

ohne Kinder mit gleichem Leistungseinkommen.

Beispiel:

Bei 30000 DM zu versteuerndem Einkommen²⁾ zahlt ein Alleinverdiener-Ehepaar mit zwei Kindern 4584 DM an Einkommensteuer.

— Ein Ehepaar ohne Kinder zahlt 5678 DM = zusätzliche 1094 DM (23,9% mehr).

— Ein Lediger ohne Kinder zahlt 7841 DM = zusätzliche 3257 DM (71,1% mehr).

— Ein Doppelverdiener-Ehepaar ohne Kinder (doppeltes zu versteuerndes Einkommen) zahlt 15682 DM bei einem zu versteuernden Einkommen von 69936 DM (je Ehegatten 34968 DM). Das sind zu-

sätzliche 11098 DM im Vergleich zu dem Alleinverdiener-Ehepaar mit zwei Kindern (242% mehr).

1) u. 2) s. Anmerkungen

Durchschnittsbelastung

Die Durchschnittsbelastung wird bei allen Steuerpflichtigen gesenkt.

Für durchschnittliche bis gehobene zu versteuernde Einkommen zwischen rd. 36000 bis 70000 DM (Ledige oder Doppelverdiener-Ehegatten in Steuerklasse IV) wird das Niveau und der Anstieg der Durchschnittsbelastung nach T1A im Vergleich zum geltenden Recht deutlich abgesenkt.

Zu versteuerndes Einkommen (DM)

Durchschnittsbelastung in v. H. (Lediger)

| | T 1981 | T 1 A | Absenkung nach T 1 A |
|----------------------|--------|-------|----------------------|
| 36000 | 24,5 | 22,8 | 1,7 V.-H.-Punkte |
| 70000 | 35,9 | 32,7 | 3,2 V.-H.-Punkte |
| Anstieg V.-H.-Punkte | 11,4 | 9,9 | |

Grenzbelastung

Der Verlauf der Grenzsteuersatzkurve ist für die wachstumspolitische Ausrichtung des Tarifs entscheidend. Besonders problematisch ist der nach geltendem Recht gegebene steile Anstieg der Grenzsteuersätze zwischen 18000/36000 DM und 60000/120000 DM. In diesem Bereich steigt die Grenzbelastung von 22% um 28 Prozentpunkte auf 50%. Hierdurch werden Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit überproportional beansprucht.

Hauptziel der Tarifänderung ist eine Abmilderung der Besteuerung der Einkommenszuwächse. Nach T1A steigt die Grenzbelastung im Einkommensbereich von 18000/36000 DM bis 60000/120000 DM nur noch um 24 Prozentpunkte an (von 22 auf 46%). Im Vergleich zum gel-

tenden Tarif ergibt sich eine Absenkung um 5,5 Prozentpunkte bei zu versteuerndem Einkommen von 44000/88000 DM (Steuerpflichtige ohne Kinder). Bei Steuerpflichtigen mit Kindern bewirken die höheren Kinderfreibeträge, soweit sie sich im Bereich der progressiven Besteuerung auswirken, eine zusätzliche Ermäßigung der Grenzbelastung.

Im übrigen umfaßt die Abflachung die gesamte Progressionszone (zu versteuernde Einkommen von 18000/36000 DM bis 130000/260000 DM). Dadurch wird eine nachhaltige Absenkung der Belastung von Mehreinkommen gewährleistet.

Dauerhaftigkeit der Entlastung

Für die Beurteilung eines neuen Tarifs ist neben der Entlastungswirkung im Zeitpunkt des Inkrafttretens entscheidend,

wie lange die Abflachung der Grenzbelastung vorhält.

Drei **Beispiele für typische Arbeitnehmer-einkommen** (Lediger oder Doppelverdiener-Ehepaar in Steuerklasse IV):

— Bei voller Wirksamkeit des Tarifs (1988) wird für einen **Durchschnittsverdiener** (1988 = zu versteuerndes Einkommen von 34311 DM) die Grenzbelastung deutlich um 4,9 Prozentpunkte auf 34,4% abgesenkt. Bis 1992 steigt sie dann wieder um 3,9 Prozentpunkte auf 38,3% an. Das ist immer noch weniger als das Ausgangsniveau von 1988 (nach geltendem Tarif: 39,3%).

— Bei einem **durchschnittlich verdienenden Angestellten** (zu versteuerndes Einkommen 1988 = 45488 DM) wird die Grenzbelastung 1988 kräftig um 5,5 Pro-

zentpunkte auf 40,5% abgesenkt. Bis 1992 steigt sie um 3,5 Prozentpunkte auf 44,0%. Das ist weniger als das Ausgangsniveau von 1988 (nach geltendem Tarif: 46,0%).

— Bei einem **gutverdienenden qualifizierten Facharbeiter** (zu versteuerndes Einkommen 1988: 53253 DM) wird die Grenzbelastung 1988 ebenfalls beträchtlich um 5,0 Prozentpunkte auf 43,8% abgesenkt. Bis 1992 steigt sie um 3,1 Prozentpunkte auf 46,9%. Das ist erheblich weniger als das Ausgangsniveau von 1988 (nach geltendem Tarif: 48,8%).

Nach dem neuen Tarif wird also die Grenzbelastung für Durchschnittsverdiener, Angestellte und Facharbeiter deutlich abgesenkt. Die Entlastung hält auch voraussichtlich für mindestens vier Jahre vor.

Anmerkungen

1) Beim Ehegattensplitting wird das Gesamteinkommen der Ehegatten durch 2 dividiert. Auf das halbe Gesamteinkommen wird dann der entsprechende Einkommensteuersatz der Grundtabelle angewandt und die sich ergebende Steuer mit 2 multipliziert und so die endgültige gemeinsame Steuerschuld der Ehegatten ermittelt (die von der Finanzverwaltung erstellte Splittingtabelle berücksichtigt diesen Rechenvorgang des Teilens und Vervielfältigens mit 2 und ermöglicht das Ableiten der Steuerschuld für zusammenveranlagte Ehegatten).

| Ende der | Grundtabelle | Splittingtabelle |
|----------------------------|--------------------|--------------------|
| — Nullzone | 4212 (T 1 A: 4536) | 8424 (T 1 A: 9072) |
| — unteren Proportionalzone | 18000 | 36000 |
| — Progressionszone | 130000 | 260000 |

2) Nach Abzug der neuen Kinderfreibeträge von 2484 DM je Kind. Bei vergleichbaren Steuerpflichtigen ohne Kinder ist nach neuem Recht von einem je Kind um 2484 DM höher zu versteuernden Einkommen auszugehen.

3) Das zu versteuernde Einkommen liegt bei Durchschnittsverdienern (bei erheblichen Unterschieden je nach Verhältnissen des Einzelfalles) um etwa 25 v. H. unter dem Bruttolohn. Vom Bruttolohn sind abzuziehen: Weihnachtsfreibetrag, Arbeitnehmerfreibetrag, Werbungskosten, Sonderausgaben u. ggf. Kinderfreibeträge.

Einkommensentwicklung eines Durchschnittsverdieners

| | 1983 | 1984 | 1988 | 1992 |
|------------|-------|-------|-------|-------|
| | DM | DM | DM | DM |
| Bruttolohn | 33692 | 34871 | 40794 | 47723 |

Quelle: Sozialbudget 1983, Materialverband S. 238; Erhöhung 1984: 3,5 v. H. gemäß Projektion im Jahreswirtschaftsbericht, für die Jahre ab 1985 mit 4 v. H. fortgeschrieben.

- 4) Ohne Berücksichtigung von Einkommenssteigerungen (statistische Betrachtung)
- 5) Nach Abzug des geltenden Kinderfreibetrages von 432 DM je Kind
- 6) Mit Berücksichtigung der auf 2484 DM je Kind angehobenen Kinderfreibeträge bei Wegfall der Kinderadditive (angenommene Auswirkung 600 DM je Kind)

Karl-Heinz Bilke gestorben

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands trauert um ihren ehemaligen Bundesgeschäftsführer Karl-Heinz Bilke, der am 5. September 1984 im Alter von 50 Jahren starb.

Karl-Heinz Bilke war der CDU Deutschlands und der Bundesgeschäftsstelle durch langjährige Tätigkeit verbunden.

In Unna, Westfalen, geboren, studierte er Volkswirtschaft in Regensburg, München, Wuppertal und Köln, wo er 1960 sein Examen als Volkswirt bestand. Er begann seine Tätigkeit in der CDU-Bundesgeschäftsstelle 1962 als Referent für Wirtschaftspolitik. Im Oktober 1967 wurde Karl-Heinz Bilke Leiter der Abteilung Politik und im Mai 1970 folgte zusätzlich die Aufgabe des Stellvertreters des Bundesgeschäftsführers.

In den folgenden Jahren trug Karl-Heinz Bilke durch seinen unermüdelichen Einsatz maßgeblich dazu bei, die CDU Deutschlands zu der hervorragenden organisierten, gut ausgestatteten Volkspartei zu machen, wie wir sie heute kennen.

1971 erfolgte der Umzug der über mehrere Häuser in Bonn verstreuten Bundesgeschäftsstelle in das Konrad-Adenauer-Haus. Damit waren nun endlich auch die räumlichen Voraussetzungen für eine moderne Parteiarbeit geschaffen.

Nach der Wahl Helmut Kohls zum Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands wurde Karl-Heinz Bilke im Juni 1973 Bundesgeschäftsführer der CDU. Während seiner Tätigkeit als Bundesgeschäftsführer in den Jahren 1973 bis 1978 stellte er seine ganze Kraft in den Dienst der Erneuerung der CDU.

Seit Mitte 1978 war Karl-Heinz Bilke Hauptgeschäftsführer der Konrad-Adenauer-Stiftung. Dort widmete er seine große berufliche Erfahrung der Arbeit der Stiftung.

Den Mitarbeitern der CDU-Bundesgeschäftsstelle und der Konrad-Adenauer-Stiftung war Karl-Heinz Bilke geschätzter Kollege und hochgeachteter Vorgesetzter.

Die CDU Deutschlands gedenkt seiner in Anerkennung seiner Verdienste und in Dankbarkeit für seinen Einsatz.

■ ÖA

Zwei Jahre Regierung Helmut Kohl

Am 1. Oktober, sind es zwei Jahre seit der Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler. Dies ist Anlaß für die CDU, den Bürgern die Leistungen und Erfolge der Regierung Helmut Kohls verstärkt näherzubringen.

Als erstes wird in der Zeit vom 18. bis 26. September 1984 den Tageszeitungen eine achtseitige vierfarbige Illustrierte beiliegen (siehe nebenstehende Abbildung), die in ansprechender Form die Erfolgsbilanz der Regierung aufzeigt. Insbesondere werden dabei die Leistungen in der Finanz- und Wirtschaftspolitik, im Umweltschutz und in der Außen- und Deutschlandpolitik herausgestellt.

Dieser erste breite Anstoß muß in der Öffentlichkeitsarbeit der gesamten Partei aufgegriffen und weitergeführt werden. Dazu erhalten die Kreisverbände ab 1. Oktober weitere Verteil- und Argumentationsmaterialien, so daß am Wochenende vom 6. Oktober erste Canvassing-Aktionen durchgeführt werden können.

Im einzelnen erhalten die Kreisverbände folgende Materialien:

Zeitung „CDU extra“

Grundausrüstung: 5000 Exemplare

Argumentationsfaltblatt

Grundausrüstung: 1000 Exemplare


Die Leistungsbilanz in Broschürenform

Grundausrüstung: 100 Exemplare

Die nächsten Ausgaben des UId werden darüber hinaus ausführliche Dokumentationen zur Leistungsbilanz der Regierung enthalten.

Außerdem erhalten die Kreisverbände in der gewohnten Weise in den nächsten Wochen Flugblattvorlagen zu einzelnen Aspekten der Leistungsbilanz.

2 JAHRE REGIERUNG HELMUT KOHL



**„Wir Deutschen
haben gut gearbeitet.“**

Zur Sache:

Frieden, Freiheit, Verständigung Politik für alle Deutschen

Die Regierung Helmut Kohl hat Frieden und Freiheit wieder sicher gemacht.

- Die Beziehungen mit den USA wurden erneuert und vertieft. Das deutsch-amerikanische Verhältnis ist aus dem Zwielicht befreit, in das es durch die anti-amerikanischen Strömungen in der SPD geraten war.
- Das Bündnis der westlichen Demokratien wurde gestärkt. Die Bundesrepublik hat ihr Wort gegenüber der NATO gehalten. Die neutralistische Politik der SPD hätte uns von unseren Freunden isoliert und letztlich in die Abhängigkeit von der Sowjetunion gebracht.
- Die Europäische Einigung kommt voran. Jahrelange Versäumnisse hatten die EG in eine Sackgasse geführt. Dem entschiedenen Eintreten von Bundeskanzler Helmut Kohl ist es zu verdanken, daß die EG in Fontainebleau wieder flott gemacht werden konnte: Die Probleme des EG-Agrarmarktes sind gelöst. Der EG-Haushalt ist wieder finanzierbar.

Das „Europa der Bürger“ ohne Grenzen wird geschaffen: Der Abbau der Grenzkontrollen zwischen Deutschland, Frankreich, Österreich und den BENELUX-Ländern ist der Anfang.

Das „Europa der Bürger“ ohne Grenzen wird geschaffen: Der Abbau der Grenzkontrollen zwischen Deutschland, Frankreich, Österreich und den BENELUX-Ländern ist der Anfang.

- Auch wenn der DDR-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker jetzt nicht in die Bundesrepublik Deutschland kommt, der Ost-West-Dialog geht weiter: schon in den nächsten Monaten mit dem rumänischen Staatschef Ceausescu, mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko und mit der politischen Führung Polens.

Diese Politik der Verständigung nützt allen Deutschen. Allein im ersten Halbjahr 1984 konnten 27 000 Deutsche aus der DDR zu uns übersiedeln. Die Reisemöglichkeiten in die DDR und der Post- und Telefonverkehr wurden verbessert; die Tötungsautomaten an der deutsch-deutschen Grenze werden abgebaut.

Zitat: Bundeskanzler Helmut Kohl, Regierungserklärung vom 4. Mai 1983:

„Die deutsche Nation besteht fort. Wir sind für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und für das Ende der Teilung Europas. Wir werden alles tun, um in Frieden und Freiheit die deutsche Einheit zu erstreben und zu vollenden.“

CDU
**/// sicher
sozial
und frei**

Zur Sache:

Allein 1984:

10 Milliarden Mark gegen die Arbeitslosigkeit

Der Staatshaushalt ist wieder in Ordnung. Die Wirtschaft wächst wieder. Die Preise sind wieder stabil.

Das sind Erfolge der Regierung Helmut Kohl. **Und:** Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist gestoppt.

10 Milliarden Mark stellen Bundesregierung und Bundesanstalt für Arbeit allein 1984 für noch mehr Arbeit und Ausbildung zur Verfügung.

Dazu gehören: Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und zur beruflichen Bildung, Rückkehrförderung für ausländische Arbeitnehmer, Vorruhestand.

500 000 erhalten dadurch eine Beschäftigungschance

Mehr Arbeit gibt es in Zukunft durch das Beschäftigungsförderungsgesetz, die Zurückdrängung der Schwarzarbeit, durch die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, die Möglichkeit befristeter Arbeitsverträge und mehr Teilzeitarbeit.

Die Regierung Helmut Kohl hat eine Politik der tausend Schritte gegen die Arbeitslosigkeit eingeleitet:

Für mehr Arbeit und Ausbildung



UNION BETRIEBS GMBH
 POSTFACH 24 49
 5300 BONN 1
 POSTVERTRIEBSSTÜCK
 Z 8398 C
 GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITATE

Der dornige Weg der Sozialdemokraten

Die Sozialdemokraten sehen sich seit einiger Zeit dem Vorwurf ausgesetzt, ihre Oppositionsrolle in Bonn nicht genügend auszuschöpfen. In der Führung gehe es zu dezernentenhaft zu, Schwächen der Regierung würden zuwenig ausgenutzt, es fehle an neuen und zündenden Ideen, und die eigentliche Opposition betrieben — mit allerhand werbewirksamen Einfällen — die Grünen. Mit solcher Oppositionsroutine werde man den Wechsel 1987 kaum schaffen ...

Die SPD hatte die Europa-Wahl zu einer „Denkzettel-Wahl“ machen wollen; aber am Ende wurde daraus ein Denkzettel für sie selbst. Schon heute läßt sich voraussehen, daß all die mehr oder minder künstlich aufgemöbelten Affären der Regierung Kohl, daß ihr vielbeklagter Immobilismus — der zum Teil allerdings auch die Voreingenommenheit der Betrachter widerspiegelt — und daß die effektiven politischen Fehler, die nicht zu leugnen sind, ihr 1987 gar nicht so viel anhaben werden, wenn nur „das Portemonnaie stimmt“. Und wenn der Streit im Regierungslager nicht zur Dauereinrichtung wird ...

Auf einem anderen Blatt steht, daß die Opposition jenseits solcher Handikaps heute ein Bild bietet, das die Anhänger nicht gerade begeistert. Der große Schwachpunkt ist die Widersprüchlichkeit in den politischen Konzeptionen. Die SPD ist innerlich tief gespalten, tiefer vielleicht als je in ihrer Geschichte. Wer sie wählt, weiß nicht, wem er da den Zuschlag gibt: einer Partei, die die Industriegesellschaft noch bejahet, oder einer, die den grün-ökologischen Verheißungen einer neuen, schöneren, von „postmateriellen“ Werten und Lebensweisen erfüllten Welt nachläuft ...

Stehen Lafontaine, der wieder ins Parteipräsidium gewählte Eppler, Engholm und der alternde Brandt für die Zukunft der Partei? Oder gibt es eine Renaissance der Mitte, die sich um Apel, Hauff, Rappe und Heinemann (westliches Westfalen) gruppieren könnte? Oder werden die Opportunisten vom Typ Börner und Rau künftig den Ton angeben, von denen der eine unbekümmert seine früheren Überzeugungen über Bord geworfen hat, während der andere — weil seine Wählerklientel, vor allem im Ruhrgebiet, mit den Grünen nichts im Sinn hat — den strammen Sozialdemokraten alter Schule markiert, obwohl man ihm die Lust an einem grünen Techtelmechtel deutlich ansieht? Und wie steht es mit dem Bonner Fraktionsvorsitzenden Vogel, dessen politische Konturen immer stärker verschwimmen?

(FAZ, 10. September 1984)

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD